



Pressemitteilung

Berlin, 11. Mai 2026

HAUSANSCHRIFT Rosenthaler Str. 31 · 10178 Berlin
POSTANSCHRIFT Postfach 11 02 46 · 10832 Berlin
TELEFON +49 30 34646 – 2393
FAX +49 30 34646 – 2144
INTERNET www.wido.de
E-MAIL wido@wido.bv.aok.de

WIdOmonitor zu pflegenden Angehörigen: Pflegeverantwortung führt oft zur Reduzierung von Erwerbsarbeit

Forsa-Umfrage: Fast die Hälfte der erwerbstätigen pflegenden Angehörigen ist hochbelastet / Gleichzeitig nur geringe Nutzung von Entlastungsangeboten

Berlin. Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist für die Gruppe der pflegenden Angehörigen in Deutschland eine der zentralen Herausforderungen: Das zeigt eine nach Pflegegraden repräsentative forsa-Umfrage unter rund 1.500 pflegenden Angehörigen für den neuen WIdOmonitor mit dem Titel „Zur Lage pflegender Angehöriger“, den das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) heute veröffentlicht hat.

59 Prozent der pflegenden Angehörigen in Deutschland sind der Umfrage zufolge erwerbstätig – davon arbeiten 31,3 Prozent in Vollzeit und 27,7 Prozent in Teilzeit. Von den in Teilzeit erwerbstätigen pflegenden Angehörigen gaben 45,2 Prozent an, ihre ursprüngliche Arbeitszeit aufgrund der Übernahme der Angehörigenpflege reduziert zu haben (Abbildung 1). Knapp die Hälfte der befragten in Voll- oder Teilzeit Erwerbstätigen (46,9 Prozent) fühlt sich dabei körperlich und psychisch in ihrem Alltag hoch belastet, bei den Nicht-Erwerbstätigen gaben das weniger Menschen an, aber immerhin auch noch 38,3 Prozent.

„Unsere Erhebung zeigt, dass insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege als zentrale Belastungssituation erlebt wird“, sagt Susann Behrendt, Forschungsbereichsleiterin Pflege und Mitherausgeberin des WIdOmonitors. „Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass die Belastung in der gesamten Gruppe der pflegenden Angehörigen – ob erwerbstätig oder nicht – hoch ist. Über 40 Prozent fallen in die Kategorie der Hochbelasteten“ (Abbildung 2). Gemessen wird die Belastungssituation dabei anhand der sogenannten „Häuslichen Pflege-Skala-Kurzversion“ (HPS-K), welche die subjektive Belastung über insgesamt zehn Items erfasst, darunter fallen z. B. körperliche Erschöpfung, Einbußen der Lebenszufriedenheit, Beeinträchtigungen des Gesundheitszustands und soziale Isolation.

Hoher Zeitaufwand in der Angehörigenpflege

Für alle pflegenden Angehörigen ergibt die Umfrage einen hohen zeitlichen Gesamtaufwand: So sind zwei Drittel der Hauptpflegepersonen (63,4 Prozent) jeden Tag in die Pflege eingebunden, mehr als jede zehnte befragte Person pflegt nach eigenen Angaben mindestens 40 Stunden pro Woche, jede fünfte Person mindestens 30 Stunden. Die Pflegeverantwortung dauert dabei oft lange an: So pflegen fast 40 Prozent der Befragten ihre Angehörigen seit mindestens fünf Jahren, die Belastung der Hauptpflegepersonen ist dann besonders hoch. Susann Behrendt: „Wir stellen außerdem erneut fest, dass die Angehörigen-Pflege nicht geschlechtsneutral ist. Unserer Umfrage zufolge sind 60,4 Prozent Frauen. Wir sehen also nach wie vor einen Gender-Care-Gap, mit Folgen für Erwerbsbiografien, Einkommen und Gesundheit.“ Gepflegt werden dabei vor allem die eigene Mutter oder der eigene Vater, gefolgt vom eigenen Partner bzw. der Partnerin. Bei der Pflegeschwere zeigt sich, dass die Mehrheit

der Gepflegten den Pflegegrad zwei oder drei (darauf entfallen 85 Prozent) hat, mehr als jeder Zehnte weist Pflegegrad 4 oder 5 auf.

Eigenanteile im ambulanten Bereich

Trotz der hohen Gesamtbelastung pflegender Angehöriger werden die bestehenden Angebote der Pflegeversicherung zur Entlastung der häuslichen Pflegesituation nur wenig genutzt. Der Umfrage zufolge nehmen 55,2 Prozent derjenigen, die ausschließlich Pflegegeld beziehen, keine weiteren pflegerischen Unterstützungsleistungen in Anspruch. Die Organisation der Pflege erfolgt dabei überwiegend eigenständig durch die Angehörigen (Abbildung 3). Weitere 37,8 Prozent von ihnen nutzen Verhinderungs-, Urlaubs- bzw. Ersatzpflege (Anspruch besteht bei Krankheit oder Urlaub der Hauptpflegeperson). Auf die Kurzzeitpflege entfallen hier hingegen nur noch 12 Prozent und auf die Tagespflege in einer Einrichtung 8 Prozent. Insgesamt wird der forsa-Umfrage zufolge für diese genannten Leistungen pro Monat (bezogen auf diejenigen, die diese in Anspruch nehmen) im Schnitt pro Pflegehaushalt ein Eigenanteil von 469 Euro aus eigener Tasche ausgegeben, wobei die Kurzzeitpflege mit 677 Euro im Mittel den höchsten Kostenpunkt ausmacht, gefolgt von der Tagespflege mit 397 Euro (Abbildung 4). Die Angaben beruhen auf einer Selbsteinschätzung der Befragten zu den monatlich privat getragenen Kosten für die einzelnen Leistungen.

Finanzielle Ursachen spielen dennoch nur eine untergeordnete Rolle bei der Nicht-Nutzung der Angebote der Pflegeversicherung. Hauptgründe bestehen vor allem in einem „fehlenden Bedarf“ (43,2 Prozent bei Pflegediensten; Kurzzeitpflege: 52 Prozent) sowie darin, dass die Pflegebedürftigen nicht von Fremden gepflegt werden möchten (Verhinderungspflege: 30,9 Prozent; Pflegedienst: 46,5 Prozent) (Abbildung 5).

Eine größere Rolle spielen finanzielle Erwägungen hingegen bei der Nichtnutzung von Pflegeauszeiten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflegeverantwortung: Rund jeder vierte Befragte gab dies als Grund dafür an. Etwa 40 Prozent sagten, keinen Bedarf an diesen Angeboten zu haben und ebenfalls jeder Vierte gab an, die Angebote nicht zu kennen (Abbildung 6). Insgesamt haben nur 12,5 Prozent der befragten Erwerbstätigen die mit der Pflegezeit und Familienpflegezeit geschaffenen Möglichkeiten für zeitlich befristete Auszeiten vom Beruf bislang genutzt.

„Die einerseits hohe Belastung der pflegenden Angehörigen und die andererseits nur geringe Inanspruchnahme der Unterstützungsangebote machen den Handlungsbedarf deutlich – gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des Fachkräfteengpasses“, so Behrendt. „Immerhin werden 86 Prozent aller Pflegebedürftigen in der Häuslichkeit versorgt, überwiegend von ihren Angehörigen. Die Herausforderung ist dabei, eine hochwertige und qualifizierte Versorgung der Pflegebedürftigen sicherzustellen sowie gleichzeitig auch die pflegenden Angehörigen mit ihren Bedarfen an Entlastung und Unterstützung in der Pflegepolitik stärker in den Mittelpunkt zu rücken.“

Dazu gehören eine bessere Information und niedrigschwellige Beratung, um bestehende Unterstützungsangebote transparenter und zugänglicher zu machen. Zudem müssen diese Angebote stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen der Angehörigen ausgerichtet werden – insbesondere mit Blick auf die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit und in Bezug auf die Dynamik von Belastungsrisiken und Unterstützungsbedarfen im Verlauf langjähriger Pflege.“

Hinweise für die Redaktionen

Durch forsa befragt wurden für den WIdO-Monitor insgesamt 1.500 pflegende Angehörige, repräsentativ nach Pflegegraden. Die Datenerhebung erfolgte als Online-Befragung über das Panel forsa.omninet im Zeitraum vom 30. September bis 21. Oktober 2025.

[>> Download WIdOmonitor](#)

Pressekontakt:

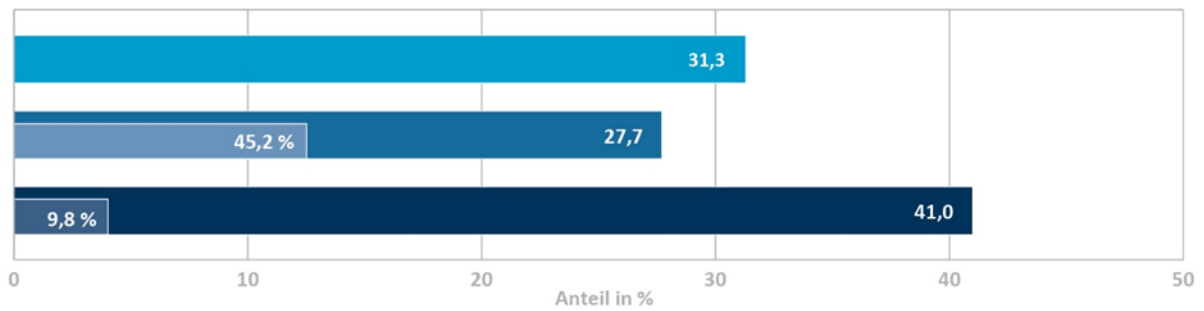
Wissenschaftliches Institut der AOK

Mareike Horn

Telefon +49 30 34646 – 2401

E-Mail presse@wido.bv.aok.de

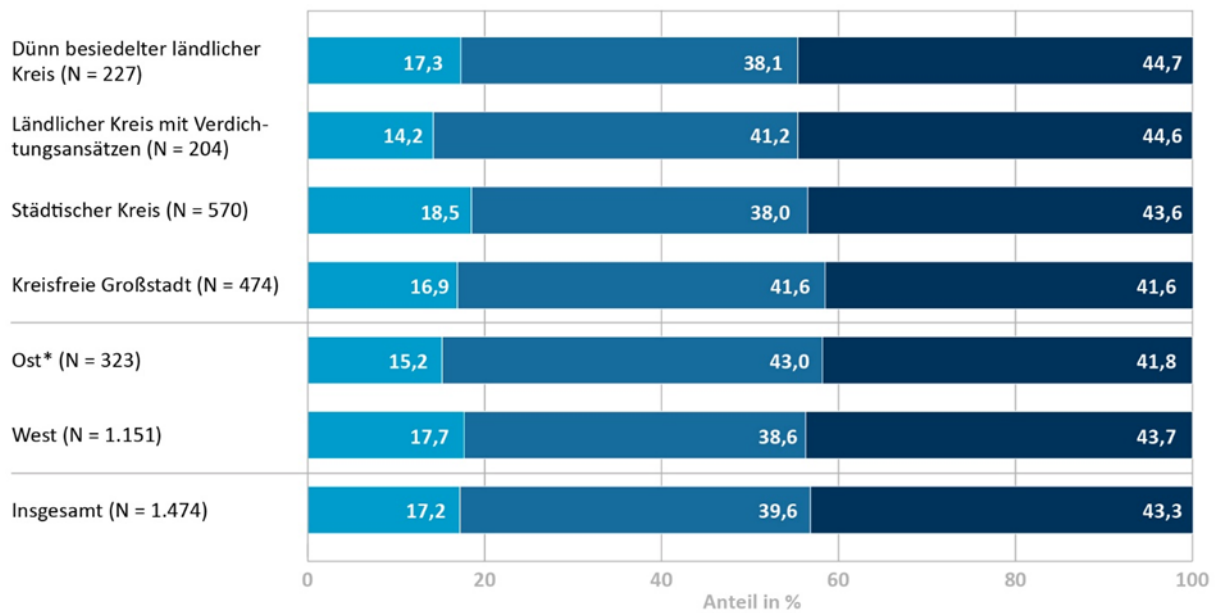
Abbildung 1: Erwerbstätigkeit der Hauptpflegeperson, in Prozent



- erwerbstätig: Vollzeit (N = 463)
- erwerbstätig: Teilzeit oder stundenweise (N = 409)
- (zurzeit) nicht erwerbstätig (N = 607)
- davon: Arbeitszeit aufgrund der Pflege reduziert (N = 182)
- davon: Erwerbstätigkeit aufgrund der Pflege aufgegeben (N = 59)

© WIdO 2026

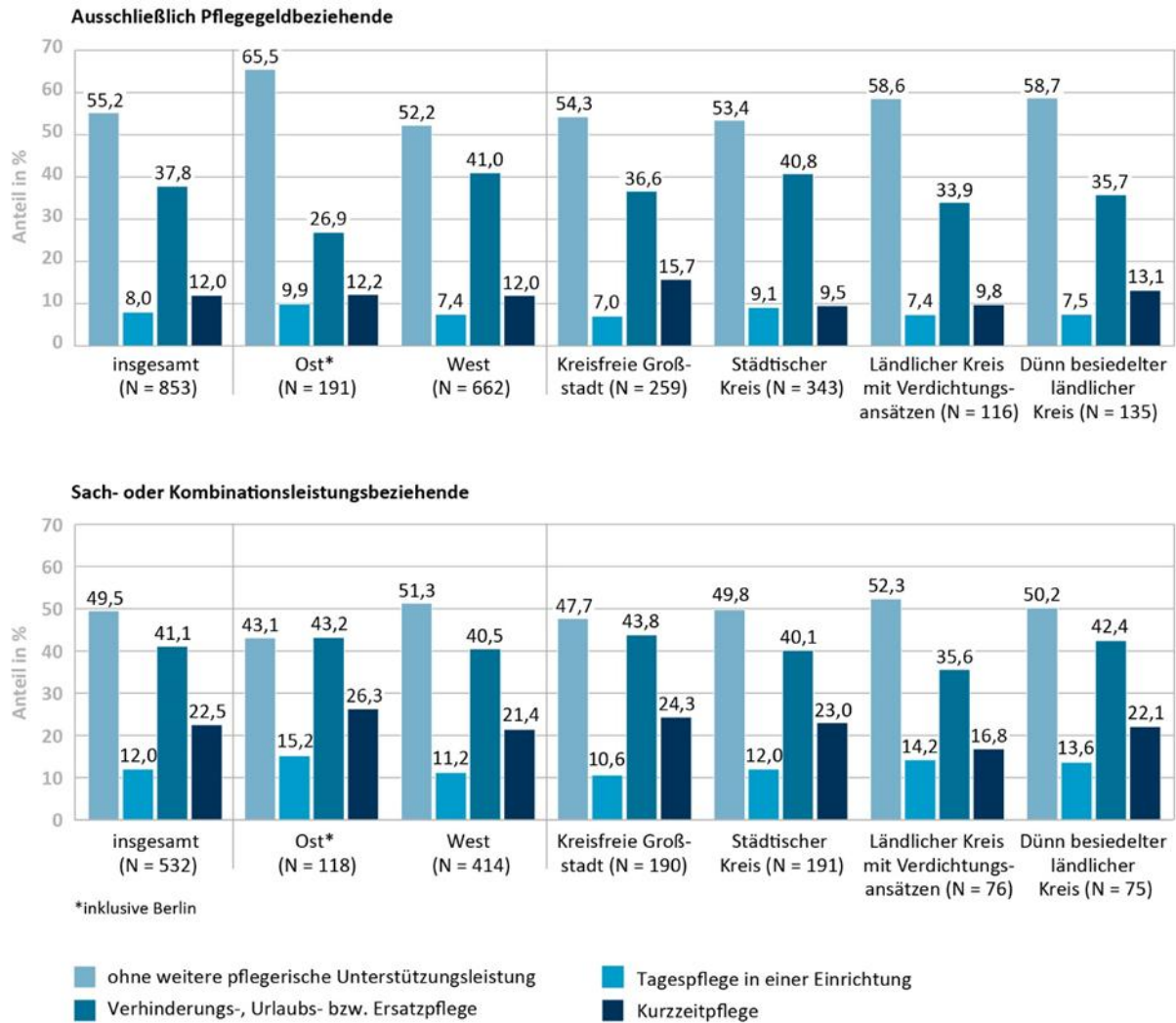
Abbildung 2: Belastung von Hauptpflegepersonen: Gesamt- und Regionalvergleich, in Prozent



*inklusive Berlin

■ HPS-Score niedrig ■ HPS-Score mittel ■ HPS-Score hoch

Abbildung 3: Ergänzende Pflegeleistungen¹ - Inanspruchnahme nach Leistungsart: Gesamt- und Regionalvergleich (Mehrfachnennungen möglich), in Prozent



¹ Bezieht sich ausschließlich auf Bezug von Leistungen bei vorliegendem Pflegegrad 2 bis 5.

Abbildung 4: Privat getragene Versorgungskosten im Pflegehaushalt: Häufigkeit und Verteilungskennzahlen

	Anteil Befragte mit Angaben von selbst getragenen Kosten in Prozent	Selbst getragene Kosten in Euro pro Monat		
		Mittelwert	Median	Standardabweichung
Pflegedienst (N = 197)	39,5	277	100	435
Tagespflege (N = 88)	67,2	397	212	432
Verhinderungspflege (N = 131)	30,2	307	200	366
Kurzzeitpflege (N = 55)	32,0	677	318	830
Insgesamt (N = 356)	43,6	469	200	725

Abbildung 5: Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme von professionellen Pflegeleistungen: Gesamtvergleich (Mehrfachnennungen möglich), in Prozent

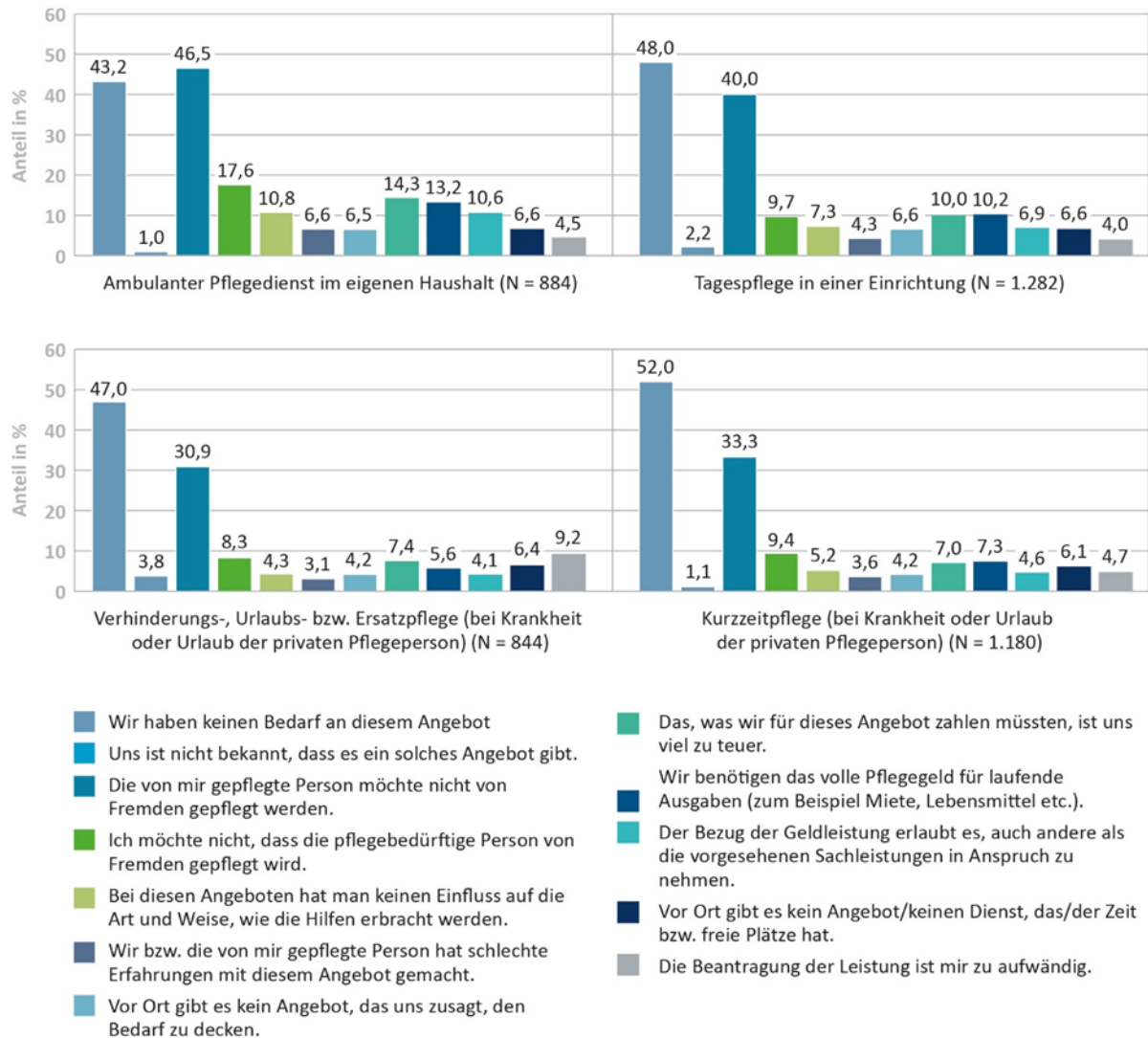


Abbildung 6: Barrieren der Vereinbarkeit: Warum gesetzliche Pflege-Auszeiten oft nicht genutzt werden (Mehrfachnennungen möglich), in Prozent

